

## Freund in der Not

### Bundeskanzler Schröder stellt baldige Finanzhilfe in Aussicht

Buenos Aires (dpa/AT) - Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat Argentinien indirekt die baldige Wiederaufnahme der Finanzhilfe durch die internationalen Finanzorganisationen in Aussicht gestellt. Es mache Sinn, dass die Regierung von Präsident Eduardo Duhalde mit der Umsetzung des Sanierungsprogramms beginne und dem Land dann „gleichzeitig“ Hilfe gewährt werde. Es müsse hierbei aber „Schritt für Schritt“ vorgegangen werden, sagte der Kanzler am Freitag in der Präsidentenresidenz von Olivos nach einem Gespräch mit Staatschef Eduardo Duhalde. Die Entscheidung darüber liege letztlich jedoch beim Internationalen Währungsfonds (IWF). „Wir wollen da aber unseren Einfluss geltend machen“, erklärte Schröder.

Duhalde dankte dem Kanzler für „Unterstützung und Verständnis“. Der Besuch in „schwierigen Zeiten“ zeige, dass Schröder ein „Freund Argentinien“ sei, der „alles in seiner Macht stehende unternimmt, uns zu helfen“.

Am Vortag hatte Schröder bei

einem Festbankett einer deutschen Finanzspritze jedoch eine Absage erteilt: „Bilaterale Hilfe wird es sicher nicht geben.“ Das habe die argentinische Regierung auch nicht erwartet. Schröder betonte aber, „Argentinien war, ist und bleibt ein wichtiger Partner, mit dem wir freundschaftlich verbunden sind. Erst recht in schwierigen Zeiten.“ Freunde erkenne man in der Not: „Wir fühlen uns verpflichtet, nicht nur in Schönwetterperioden.“

Buenos Aires war am Donnerstag und Freitag nach Mexiko und Brasilien die dritte und letzte Station der einwöchigen Lateinamerika-Reise des Kanzlers, der von einer rund 150-köpfigen Delegation aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur begleitet wurde.

Schröder betonte nach dem Gespräch mit Duhalde am Freitag, es gebe noch „einige schwierige Probleme“ wie zum Beispiel das Verhältnis zwischen dem Zentralstaat und den Provinzen zu lösen. Er warnte jedoch vor dem „Teufelskreis, bei dem die einen den Sanierungsplan nur mit Hilfen im-



Im Sauseschritt: Kurzbesucher Schröder und Präsident Duhalde in Olivos.

(AP-Foto)

### Randglossen

**Damit im Volk die Hoffnung auf eine Besserung der vorerst besonders schlimmen Wirtschafts- und Sozialkrise nicht völlig verschwindet, bemüht sich Präsident Eduardo Duhalde höchstpersönlich um eine direkte Kommunikation über den Rundfunk. Zwei Mal in der Woche meldet sich der Präsident im Radio mit Kommentaren zur Lage und Mitteilungen über Regierungsentscheidungen, Verhandlungen und Investitionen privater Unternehmer. Sein Sprecher Eduardo Amadeo, langjähriger Spitzenbeamter verschiedener Regierungen in der Provinz Buenos Aires und der Nation, kümmert sich ebenfalls um eine bessere Kommunikation als seine Vorgänger im Amt. Amadeo informiert sachlich, steht selber in Rundfunksendungen Rede und Antwort zur Tagespolitik und bemüht sich, das Unerklärliche der jetzigen Misere aufzuklären, als ob das möglich wäre.**

Während Regierungssprecher bereits in 60 Tagen den seit vier Jahren erwarteten Aufschwung der Wirtschaft in Aussicht stellen, vernimmt die verdutzte Öffentlichkeit, dass immer mehr Auslandsinvestoren ihre Zelte in Argentinien abbrechen, z zusammenpacken und heimkehren. Neue Investitionen lassen auf sich warten. Lediglich einige wenige argentinische Unternehmer öffnen stillgelegte Textil- und Fleischfabriken, weil sie ebenso wie einige Weinkellereien bessere Exportaussichten wittern. Unterdessen liegt der Import darnieder, ohne den die verarbeitende Industrie nicht produzieren kann, ebenso die Kfz-Verkäufe. Den Vogel der Rezession schoss entschieden der Immobilienmarkt in der Bundeshauptstadt ab, als im Januar sage und schreibe nur ein einziges Objekt veräußert wurde. Kein Wunder, dass die lauten Proteste nicht nachlassen und die Politiker schlechthin aufs Korn nehmen.

plementieren, die anderen Hilfen erst nach Implementierung des Sanierungsplanes“ gewähren wollten.

Während des rund 22-stündigen Aufenthalts Schröders in der Bundeshauptstadt diskutierten beide Seiten auch die Situation um den strittigen Ausstieg Argentinien aus dem mit Siemens abgeschlossenen Vertrag um die Erstellung von Personalausweisen und Grenzsicherungssystemen. Siemens fordert nach letzten Medienberichten von Argentinien eine Entschädigungszahlung von 520 Millionen Dollar. Argentinien müsse „aufpassen, dass aus Investoren nicht Gläubiger werden“, sagte Schröder. Konkrete Angaben zum Stand der Verhandlungen wollten jedoch weder der Kanzler noch Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) machen.

Schröder traf sich am Freitag

auch kurz mit Angehörigen von Deutschen, die während der Militärdiktatur (1976-1983) verschleppt worden waren und seither verschwunden sind. Die Begegnung habe ihn „tief berührt“. Die Möglichkeiten für die Bundesregierung, direkt zu intervenieren, seien jedoch „begrenzt“. Duhalde hatte bereits zuvor erklärt, das Problem sei „besonders schmerzlich“. Seine Regierung werde mögliche künftige Auslieferungsanträge der deutschen Justiz gegen argentinische Verdächtige gründlich prüfen.

Wegen dringender Dienstgeschäfte in Deutschland sagte Schröder das für Freitagnachmittag geplante Treffen im MALBA-Museum mit argentinischen Intellektuellen, darunter Félix Luna und Marcos Aguinis, kurzfristig ab, um früher als geplant den Rückflug antreten zu können.

# „Politische und moralische Erneuerung“

## Auszüge aus Tischrede von Präsident Dr. Eduardo Duhalde anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Gerhard Schröder

Herr Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Mitglieder der Kanzler-Delegation und der Unternehmerdelegation, Botschafterinnen und Botschafter, Mitglieder der Exekutive und Legislative,

Meine Damen und Herren, es ist eine große Ehre für meine Regierung und für das ganze argentinische Volk, Sie und Ihre vornehme Delegation bei Ihrem ersten Argentinien-Besuch zu begrüßen. Im Namen aller meiner Landsleute heiße ich Sie herzlich willkommen.

Sie kommen nach Argentinien in einer kritischen Phase unserer Geschichte, die aber derzeit auch zum kräftigen Wiederaufleben unserer besten Werte wird. [...]

Das von Ihnen vertretene deutsche Volk wird wohl die jetzige Lage Argentiniens gut verstehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging das Bild des „deutschen Wunders“ durch die Welt, als Musterbeispiel für den Wiederaufbau in einer verwüsteten Nation. Aber Sie wissen es ja, Herr Kanzler, ein Wunder war die Wiedergeburt Deutschlands nicht. Kein Wunder ist möglich ohne die Arbeit und Standhaftigkeit eines ganzen Volkes und ohne eine rechtzeitige und wirksame externe Hilfe. [...]

Um dieses Wachstum zu unterstützen, beruhte Deutschland auf die unbedingbaren Werte der Arbeitsethik, die von Max Weber vortrefflich dargelegt worden sind. Arbeit und die Wiederherstellung der Ethik sind ausgerechnet zwei Forderungen der argentinischen Gesellschaft und auch die Grundachsen unserer Regierungstätigkeit. Unsere Einigkeitsregierung hat die Botschaft der Bevölkerung begriffen, ihre Fähigkeit, die politische und moralische Erholung der Nation zu erzielen und die Möglichkeiten, wieder an den Pfad der Produktion in Argentinien zu gelangen.

Zu diesem Zweck haben wir unsere Arbeit auf drei Hauptbereiche konzentriert: Erstens, geht es um die Lösung der dringenden menschlichen und sozialen Not. Zweitens, um die Schaffung eines geeigneten institutionellen Rahmens, damit die Bürgerinnen und Bürger selbst die Neugründung Argentiniens durchführen. Drittens, um die Neugestaltung unseres Produktionsapparats, der derzeit nur zur Hälfte ausgelastet ist. Um diese Aufgaben erfolgreich zu bewältigen, Herr Bundeskanzler, wird die Unterstützung der Länder, mit denen wir einen großen Teil unserer besten Projekte geteilt haben, unerlässlich sein.

In der Vergangenheit waren Deutschland und Europa fruchtbare Partner Argentiniens, und sie werden sicher auch zu Partner des neuen Argentiniens, das jetzt geboren wird. [...] Wir durchlaufen gerade eine tiefe Krise, aber unsere natürlichen, humanen, schöpferischen und produktiven Fähigkeiten sind enorm. Ich bin überzeugt, dass unser Land diese Krise überwinden wird, wenn wir uns alle in die richtige Richtung bemühen, ausgehend von einem ausgeglichenen Wirtschaftsprogramm und klaren Produktionszielen. Argentinien muss heute sehr schwere Umstände bewältigen, um sich zu verbessern und wiederaufzubauen.

Dieses Argentinien von heute, Herr Kanzler, ist das Fundament, auf dem meine Regierung die Bedingungen des neuen Argentiniens schaffen wird. Es ist jetzt Zeit, die Grundlagen für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen uns weiter zu konsolidieren, wie das seit über einem Jahrhundert der Fall war. Wie Sie ja einsehen können, Herr Kanzler, fordere ich Sie nicht zu einer künftigen Zusammenarbeit auf, sondern ich fordere Sie auf, diese Zusammenarbeit schon jetzt anzupacken. Und mein Appell gilt Ihnen, Deutschland und Europa. Dabei können Sie auf die feste Entschlossenheit dieser Regierung zählen, für den Frieden und den Fortschritt der Argentinierinnen und Argentinier zu arbeiten. Auf den festen Willen unseres ganzen Volks, um voranzukommen, können Sie auch zählen.

Wie Goethe einmal schrieb: des Lebens ist nur der würdig, der jeden Tag für das Leben kämpft. Darin liegt unsere heutige Aufgabe. Wir müssen jeden Tag für ein gerechteres, von mehr Wohlstand geprägtes Leben für alle Argentinier kämpfen. Das ist nicht nur der Kampf von mir, vom Präsidenten, auch nicht der Kampf dieser Regierung. Es handelt sich um den Kampf unseres ganzen Volkes.

Herr Bundeskanzler, Ich möchte Ihnen den Dank der Argentinier für die Unterstützung und das Verständnis zum Ausdruck bringen, die Sie uns mit Ihrem Besuch in dieser schwierigen Zeit bezeugen. Ihnen und Ihrer vornehmen Delegation wünsche ich einen fruchtbaren und angenehmen Aufenthalt in unserem Land. Ich möchte jetzt einen Toast ausbringen. Ich trinke auf Freundschaft, Kooperation und Solidarität zwischen dem deutschen und dem argentinischen Volk.

# „Argentinien kann auf Deutschland zählen“

## Antwort von Bundeskanzler Gerhard Schröder

Herr Präsident, Exzellenzen, Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich für den überaus freundlichen Empfang, den Sie mir und meiner Delegation bereitet haben. Wir sind zu Gast in einem Land, das seit Generationen auf viele Deutsche eine besondere Faszination ausübt und sich in Deutschland großer Wertschätzung erfreut.

Und damit meine ich nicht die unbestrittene Tatsache, dass Argentinien von manchen Deutschen zunächst mit Tango oder Fußball in Verbindung gebracht wird. Auf Ihre Künste in beiden Disziplinen sind Sie völlig zu Recht stolz. Aber mehr noch verbindet unsere beiden Kulturen die Erfahrung von Großherzigkeit und Gastfreundschaft, die Deutsche seit Generationen in Ihrem Land gefunden haben und immer noch finden.

Menschen deutscher Muttersprache bilden die drittgrößte Gruppe unter den Einwanderern in Argentinien. Viele von ihnen kamen als politisch Verfolgte. Argentinien bot ihnen Zuflucht und Zukunft. Unsere beiden

Länder haben, zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichem Ausmaß, Diktatur und Missachtung der Menschenrechte erlebt. Um so bedeutender ist es, dass unsere beiden Völker eine so unmissverständliche Entscheidung getroffen haben: Für Freiheit, Demokratie und internationale Verständigung.

Dieses 21. Jahrhundert hat für die Kulturen und Zivilisationen der Welt mit einem schrecklichen Fanal begonnen. Aber aus den Trümmern des World Trade Center an „Ground Zero“ ist ein neues internationales Bewusstsein entstanden. Eine neue Verantwortung für die internationale Zusammenarbeit. Und in dieser Verantwortung rücken auch unsere beiden Länder näher zusammen. Innere und äußere Sicherheit sind heute nicht mehr voneinander zu trennen. Und kein Staat der Welt kann mehr die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten ohne ein zunehmendes Maß an internationaler Kooperation. Globale Probleme erfordern globale Lösungsansätze und verstärkte multilaterale Zusammenarbeit - das ist eine Erkenntnis, die wir aus der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus gezogen haben.

Dabei hat für Deutschland und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die strategische Partnerschaft mit Lateinamerika eine besondere Bedeutung. Diese Kooperation ist mir seit Beginn meiner Regierungsverantwortung ein wichtiges Anliegen. Während der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union haben wir den ersten Europa-Lateinamerika-Gipfel durchführen können. Dabein kam auch zum Ausdruck, welche herausgehobene Bedeutung, aus europäischer Sicht, der Mercosur für die internationale Zusammenarbeit hat.

Erstmals in ihrer Geschichte strebt die Europäische Union eine Assoziation mit einer anderen Regionalorganisation an. Als wichtigster Wirtschaftspartner des Mercosur sind wir entschlossen, die Verhandlungen



**SERVICIOS**  
**DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - [info@multimedia.com.ar](mailto:info@multimedia.com.ar)

schnell zum Erfolg zu führen. Dabei setzen wir auf das Konzept eines „offenen Regionalismus“. Eine Offenheit, die nach Jahrhunderten kolonialer Herrschaftsbeziehungen das Gemeinsame vor das Trennende setzt - und dabei den Dialog unserer Völker und Kulturen in einen neuen, internationalen Zusammenhang stellt.

Argentinien und Deutschland - das denken wir heute auch mehr und mehr als eine Partnerschaft in und mit unseren regionalen Zusammenhängen: Lateinamerika und Europa, zwei große Kultur- und Wirtschaftsregionen, die miteinander viel erreichen können.

Herr Präsident, wir wissen, dass Ihr Land vor einer der größten Herausforderungen seiner Geschichte steht. Die äußerst schwierige Wirtschaftslage zwingt Sie zu entschiedenen und zu einschneidenden Maßnahmen. Ich bin zuversichtlich, dass das argentinische Volk durch eigene Anstrengungen und mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft einen Ausweg aus dieser Krise finden wird.

Gerade Deutschland ist an einem Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen interessiert. Die Tradition deutsch-argentinischer Wirtschaftsbeziehungen, aber auch das Engagement deutscher Unternehmen in Argentinien, reichen zurück bis zu den Anfängen der Industrialisie-

rung. Meine Wirtschaftsdelegation und das morgige Unternehmerforum sollen das bleibende wirtschaftliche Interesse an einer Zusammenarbeit mit Ihrem Land unterstreichen. Wir sollten jedoch trotz der überragenden Bedeutung von Wirtschaft und Währung nicht vergessen: Unsere Beziehungen sind weit vielfältiger als das, was unsere Märkte zusammenbringt.

Denken Sie etwa an die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Insbesondere bei der Antarktisforschung setzen wir gemeinsam wichtige Akzente für die Zukunft des gesamten Planeten. Aber ich möchte noch etwas sagen zu den Beziehungen der Menschen, und damit meine ich vor allen Dingen: Unserer Menschen, zueinander. Von allen lateinamerikanischen Ländern ist es Argentinien, aus dem die meisten Stipendiaten deutscher Stiftungen stammen. Diese jungen Menschen halten die Tradition des großen Jorge Luis Borges aufrecht, der als ein „Mann der Weltkultur“ eine unvergessliche Ode auf die deutsche Sprache geschrieben hat. Meine Damen und Herren, durch meinen Besuch will ich verdeutlichen, dass Argentinien auch in schwierigen Zeiten auf Deutschland als verlässlichen Partner zählen kann. Das war so, und das wird so bleiben. Ich bitte Sie, in diesem Sinne mit mir das Glas auf die Zukunft Argentiniens und Deutschlands zu erheben.

## Machtpolitische Reformen

Seit Präsident Duhalde vor anderthalb Monaten sein Amt als designierter Staatschef antrat, äusserte er wiederholt verschiedene Ideen zur politischen Reform. Anfangs ging es darum, machbare Projekte zur Verbilligung der Politikkosten vorzutragen. Duhalde trug damit der deutlichen Missstimmung im Volk über deren Höhe Rechnung. Sie belasten direkt die Ausgaben der öffentlichen Hand durch Gehälter und verbundene Spesen, sowie indirekt durch grosszügig an Verwandte, Freunde und politische Mitarbeiter verteilte Subventionen.

Die Reform der Politikkosten schlug schliesslich Mitte der Vorwoche in einer Vereinbarung zwischen der Nationalregierung und den Provinzgouverneuren nieder, in der einige Richtlinien zwecks Senkung der Politikkosten vorgesehen sind. Die Gesamtausgaben der Parlamente sollen weniger als ein Prozent der jeweiligen Haushalte betragen. Das ist zu erreichen, indem die Zahl der Parlamentarier fühlbar abnimmt, die Provinzen ihre Senate abschaffen, wie es Córdoba im Vorjahr bereits vollzogen hat, die Gehälter der Parlamentarier ebenfalls gesenkt werden, möglicherweise bis auf maximal 3000 Pesos im Monat wie gegenwärtig für Politiker in der Nationalverwaltung, die Parlamentarier darauf verzichten, grosszügige Sozialrenten an Freunde, Verwandte und politische Mitarbeiter zu verteilen, wie sie es landesweit zu Lasten der jeweiligen Schatzämter traditionell verrichten, die Gemeinderäte in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern keine Gehälter beziehen, und sonstige flankierende Massnahmen.

Das hört sich sicherlicher attraktiv an. Indessen ist keinesfalls vorgesehen, dass der deutlich überhöhte Beamtenstab der Nation, der 24 Gliedstaaten und der nahezu 2.000 Gemeinden von insgesamt über 2,1 Millionen abzubauen sei. Die Menem-Regierung hatte den Beamtenstab der Nationalregierung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre um beachtliche etwa 500.000 von nahezu einer Million durch Privatisierungen und bezahlten Entlassungen verringert, doch die Gouverneure und Bürgermeister sowie zuletzt auch die Nationalregierung haben die Beamenschaft wieder auf über 2,1 Millionen aufgebaut. Das hat fühlbar zum Defizit und zur Auslandsverschuldung beigetragen, die Argentinien zur bereits vierjährigen Rezession mit Depression sowie unlängst zur brutalen Abwertung verdammt hat.

Wenn von politischen Reformen die Rede ist, stösst man stets an die Verfassung, die freilich nie ganz eingehalten worden ist. Soll beispielsweise der Senat um einen Senator je Gliedstaat wie Weiland vor 1994 verkleinert werden, dann muss das Grundgesetz geändert werden. Präsident Duhalde verfiel neuerdings auch auf den Vorschlag, die Verfassung zu ändern. Ihm schwebt ein parlamentarisches Regierungssystem, möglicherweise wie in Frankreich, vor, indem der vom Volk gewählte Präsident nur noch für Verteidigung und Aussenpolitik direkt zuständig wäre, während die laufenden Regierungsgeschäfte von einem Premierminister verrichtet würden, den das Parlament bestellt.

Duhalde hakt offenbar auf der jetzigen Regierungskoalition ein, die von Justizialisten, Radikalen, einigen Preposo-Politikern und allenfalls einigen Provinzparlamentariern gebildet wurde, die Duhalde in den Präsidentschaftssattel hievt und ihm seither politisch zur Seite stehen. Die künftige parlamentarische Regierung soll offenbar in der Sicht Duhaldes dieses politische Experiment verewigen. Duhalde kann dann selber auf die Präsidentschaft verzichten, sich aber als Parlamentarier wählen

lassen, um dann gegebenenfalls an den Regierungsgeschäften mitzumischen, allenfalls als Premierminister je nach der Zusammensetzung des Parlaments.

Hier geht es eindeutig um machtpolitische Reformen, die ungleich tiefer greifen als die angekündigten Sparmassnahmen. Argentinien versteht sich seit der Kolonialzeit als ein Land, das durch einen repräsentativen Leiter der Exekutive regiert wird, früher Gouverneur, nachher Vizekönig, dann Junta-Präsident, danach Direktor, später Präsident und Gouverneur und seit 1853 stets Präsident. In der gleichen Zeitspanne entstand in Europa die parlamentarische Demokratie mit repräsentativen Königen und Premierministern in Vertretung der Parlamente. Argentinien hat nie einen eigenen König gehabt. Die Machtaufteilung zwischen einem vom Volk gewählten Präsidenten und einem Premierminister, der vom Parlament designiert wird, verheisst sicherlich nichts Gutes, auch wenn die jetzt massgebenden Politiker sich an dieser Vorstellung erwärmen mögen. Sie wittern Wahlposten und Einfluss im Parlament mit abwechselnden Koalitionen und Ministerposten, ähnlich wie jetzt mit Duhalde als Präsident und zahlreichen Parlamentariern auf Ministerposten.

Anstatt die gesamte politische Energie auf das Sparprogramm politischer Schlankheitskuren zu konzentrieren, wie es das Volk deutlich wünscht, wird die Ablenkung zur Verfassungsreform mit parlamentarischer Demokratie dazu führen, dass die politische Reform bestenfalls halbherzig verwirklicht wird, ohne dass es zur Verfassungsreform mit Konstituante-Wahl kommt. Solche politische Übungen pflegen gefährlich zu sein, wenn eine offene verfassungsgebende Versammlung allerlei absurde Projekte behandelt, wo Politiker nach Belieben Demagogie mit fremden Gelden betreiben mögen. Die Verfassung sollte nicht reformiert, sondern füglich beachtet werden, damit die Rechte und Freiheiten der Einwohner geschützt und nicht manipuliert werden. Die politische Reform mit Sparprogramm ist entschieden zu begrüssen, wogegen der Vorstoss zur Verfassungsreform abzulehnen ist.

## Keine Urteile zum „Corralito“ mehr

Der erste war am Dienstag der Richter Enrique Petracchi, der erklärte, er werde ab sofort bei Fällen im Zusammenhang mit dem so genannten „corralito“ (Restriktionen über Depositen) kein Urteil mehr fällen. Dies teilte Petracchi am Dienstag dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Julio Nazareno, schriftlich mit. Einen Tag später tat sein Richterkollege Gustavo Bossert den gleichen Schritt.

Auch Bossert gab für seine Entscheidung die gleiche Begründung wie der Oberstricherr Petracchi, nämlich dass der Gerichtshof und insbesondere der „corralito“ Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung sei. Wie erinnerlich hatten sich Petracchi, Bossert und Augusto Belluscio in der Abstimmung über das Urteil, das die Kontensperren für verfassungswidrig erklärte, ihrer Stimme enthalten. Das Urteil vor zwei Wochen war für die Regierung Duhalde ein Konter und zwang zu einem vorläufigen Aufschub der Bekanntgabe weiterer Wirtschaftsmaßnahmen.

# Dialog auf Sparflamme

## Keine Erklärungen Duhaldes

Die wenigen Teilnehmer an dem von Präsident Eduardo Duhalde am Dienstag gestarteten arbeitssoziologischen Dialog waren enttäuscht, wie später verlautete. Die Fotos der drei Gewaltigen von den drei Gewerkschaftszentralen zusammen mit den ebenso mächtigen Unternehmern wurden nicht geknipst und ebensowenig gab Duhalde eine von allen erwartete Erklärung ab.

Die „Veranstaltung“ in der Casa Rosada begann um 12.00 mittags und bereits zu diesem Zeitpunkt wurde die schwache Beteiligung deutlich. Von den drei Bischöfen, die vom Episkopat zur Teilnahme am Dialog nominiert wurden, war gerade Monsignore Carmelo Staffolani erschienen. Jorge Cassaretto und Carlos Maccarone waren in ihren Provinzen geblieben. Von den drei Gewerkschaftszentralen waren die offizielle CGT durch Rodolfo Daer und die CGT der Dissidenten durch Hugo Moyano vertreten. Sie nahmen jeweils an beiden Enden des Verhandlungstisches Platz, um die größtmögliche Distanz zu demonstrieren. Ebenso distanzierte sich Víctor De Gennaro der vor dem Treffen verkündet hatte, er lehne ein gemeinsames Foto ab. „Man kann nicht von einer glücklichen Zukunft sprechen, während die Gegenwart an Wirtschaftsgruppen verschenkt wird“, erklärte De Gennaro.

Die meisten der für die Unternehmer vorgesehenen Stühle am Verhandlungstisch wurden von den Vertretern der „pymes“ (Kleine und mittlere Unternehmen), sowie von den Vertretern des Handels und der Landwirtschaft eingenommen. Von den „Schwergewichten“ unter den Unter-

nehmern war wenig zu sehen. Die Banken waren durch „Offizielle“ vertreten, so Enrique Olivera von der Nationalbank und Ricardo Gutiérrez von der Provinzbank, die Finanzinstitute durch Carlos Heller von Credicop.

Kommentar eines ungenannt gebliebenen Unternehmers: „Enttäuschend!“, der hinzufügte, seine Berufskammer werde zum nächsten Treffen nur einen Vertreter aus dem „dritten Glied“ schicken. Zweifellos stand der „argentinische Dialog“, mit dem der Präsident grundlegende Vereinbarungen erreichen will, um aus der Krise herauszukommen, an diesem Tag nicht gerade unter einem glücklichen Stern. Während des Treffens ergriffen einige Teilnehmer, so Duhalde, Monsignore Staffolani sowie die Minister Alfredo Atanasof (Arbeit) und Ignacio de Mendiguren (Produktion) das Wort. Als dann nach den insgesamt kurzen Reden, die zusammengenommen kaum 40 Minuten ausmachten, alles den Beginn der eigentlichen Verhandlungsrunde erwartete, kündigte UN-Botschafter Carmelo Angulo bereits die Abhaltung des „ersten“ Treffens an, dass heute stattfinden sollte.

Stunden danach wurden die Teilnehmer auch über den Ort informiert, ein Kloster in der Calle Talcahuano. Die ebenfalls von den Anwesenden erwartete Erklärung des Präsidenten über die drei noch ausstehenden Verhandlungsrunden mit anderen Themen und zum Teil anderen Persönlichkeiten am Verhandlungstisch blieb aus.

# Kolleg über Pesifizierung

## Duhalde: „Umwandlung hat auch die Großen getroffen“

Es sei unwahr, dass die Pesifizierung die großen Unternehmen begünstigt habe, erklärte Präsident Eduardo Duhalde und fügte unmittelbar hinzu, dies seien Ideen einiger Schlafmützen unter den Politikern, die den Bürgern Glauben machen wollen. Es sei andererseits kindisch, anzunehmen, dass wir die Unternehmer nicht verteidigen müssen, unterstrich der Präsident und versicherte dann, man müsse gerade die Unternehmer verteidigen, die ihre Unternehmen nicht verkauft hätten, weil von ihnen hunderttausende Arbeitnehmer abhingen.

Es sind Erklärungen von Duhalde in seinem Programm in Radio Nacional am Dienstag. „Tatsächlich aber, und das wird nirgendwo erwähnt, haben wir alle Dollar-

schulden im Land in Peso umgewandelt und da nicht nur die großen“, versicherte der Präsident. Er habe zum Beispiel Kritiken an Amalia Lacroze de Fortabat gelesen. Er, so Duhalde, wünsche, daß es 200 Fortabat in Argentinien gebe. Ein Familienunternehmen, das in den 90 Jahren seines Bestehens nie aufgehört habe, Arbeitsplätze zu schaffen und nie mit Finanzaktivitäten zu tun gehabt hätte.

In seiner Verteidigung von Fortabat verzichtete Duhalde auch nicht auf Rundumschläge gegen andere Unternehmer, ohne sie allerdings beim Namen zu nennen. Die Mehrheit der großen Unternehmen habe verkauft. Der Sektor wurde „verfremdet“. Denjenigen aber, die geblieben sind, weil sie ihr

Land lieben und ebenso ihr Unternehmen, müssen wir helfen, den von ihnen hängen hunderttausende Arbeitnehmer ab.

Die Kritiker, so Duhalde, würden übersehen, dass die Rezession auch die großen Unternehmen in Mitleidenschaft gezogen habe. Diese Unternehmen, so groß sie auch seien, hätten sehr schwerwiegende Probleme. Die vier „mageren“ Jahre seien für alle tödlich gewesen, nicht nur für die kleinen, sondern auch für die mittleren und großen Unternehmen.

Der Präsident stellte dann einen Zusammenhang zwischen der Größe eines Landes und der Größe seiner Unternehmen her. Es gehe ihm darum, versicherte Duhalde, wenn er die argentinischen Unternehmen zu einem Gespräch einlade. Die hätten dann an einem kleinen Tisch

Platz. Ein wirklich großes Land sei eines, in dem, wenn er die bedeutenden Unternehmer einlade, für diese auch an einem großen Tisch kein ausreichender Platz sei.

Am Ende begründete Duhalde ausdrücklich seine Bereitschaft, zu dem Thema Stellung zu nehmen. Er habe das Problem im Detail beleuchten wollen, weil es ihn schmerze, wenn viele nicht erkennen, dass es ein Thema des gesunden Menschenverstandes sei. „Ohne Unternehmer gibt es keine Arbeitnehmer“, unterstrich Duhalde und fügte hinzu: „Wir müssen das Wenige, das wir haben, verteidigen und nicht mit Maßnahmen für die 40 großen Unternehmen, sondern auch für die zwei Millionen der kleinen und mittleren Schuldner des argentinischen Banksystems.“

## WOCHENÜBERSICHT

### Botschaftsschließung

Im Zuge des vorgelegten Sparhaushaltes 2002 will Argentinien weltweit bis kommenden Oktober 21 Botschaften schließen. Dies gab die Regierung von Präsident Eduardo Duhalde am vergangenen Wochenende bekannt. Damit sollen künftig 30 Millionen Dollar jährlich eingespart werden. Betroffen von der Schließung sind mit Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Finnland auch vier Botschaften in Europa. Zudem sollen

die Vertretungen bei der EU in Brüssel und der Welternährungsorganisation in Rom geschlossen werden.

### Vanossi in Mexiko

Justizminister Jorge Vanossi ist am Sonntag nach Mexiko geflogen, um dort an dem VII. Ibero-amerikanischen Kongress für Verfassungsrecht teilzunehmen, wie aus einem Kommuniqué des Ministeriums hervorgeht. Vanossi folgte einer Einladung der Auto-

nomen Nationaluniversität von Mexiko (UNAM). Auf dem Programm des Ministers stand ein Gespräch mit dem mexikanischen Präsidenten Vicente Fox und ein Treffen mit Justizminister Rafael Machado de la Concha.

### Arbolitos in Nöten

Die Bundespolizei hat am Montag rund zwölf Arbolitos (illegale Dollarwechsler) festgenommen, die vor Wechselstuben ihren unerlaubten Geschäften nachgegangen

waren. Insgesamt wurden 3.000 Dollar beschlagnahmt.

### Schwarzmalter Menem

Ex-Präsident Carlos Menem hat am Dienstag davor gewarnt, dass der Dollar „in kürze“ drei Pesos kosten werde. Zugleich versicherte Menem, die Inflationsrate werde 30 Prozent erreichen und warnte davor, dass die Hyperinflation zurückkommen könne. Wie bei anderen Gelegenheiten verteidigte er neuerlich die Dollarisierung. Der

Kommentar von Präsident Eduardo Duhalde: „Menem ist schädlich.“

### Anreizprämie

Bildungsministerin Graciela Gianettasio hat zu Wochenbeginn versichert, der „Fondo de Incentivo Docente“ (Fonds für die Lehreranzreizprämie) werde aus dem diesjährigen Haushalt nicht ausgeklammert. Außerdem stellte die Ministerin ausdrücklich fest, dass im Haushalt auch die rückwirkende Zahlung der Prämie für die Monate August bis Dezember des vergangenen Jahres vorgesehen sei. Die Absicht der Regierung sei, so Gianettasio, diese Schuld in diesem Jahr „zu bereinigen“.

### Dilemma Universität

Angesichts der mangelhaften Allgemeinbildung der Schulabgänger macht sich ernstliche Besorgnis in den Universitäten breit. Jedes Jahr schreiben sich an den 37 öffentlichen Universitäten

270.000 Studienanfänger ein, 65.000 davon an der Universität von Buenos Aires (UBA). Während offizielle Schätzungen davon ausgehen, dass sich die derzeit 1,5 Millionen Inmatrikulierten bis 2010 verdoppeln werden, verlautet aus dem Staatssekretariat für Hochschulbildung eine Alarmanachricht. Dort heißt es, dass von den eben beginnenden Studienanfängern die Hälfte noch vor Ende des ersten Studienjahres aufgegeben.

### Aus für Stipendien

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat für dieses Jahr eines der anspruchsvollsten bonaerenser Sozialprogramme ersatzlos gestrichen. Bei der Initiative ging es um monatliche Beihilfen für rund 200.000 Schüler aus armen Familien mit niedrigem oder gar keinem Einkommen, die monatlich Beträge zwischen 60 und 100 Peso erhielten. Mit den Zahlungen sollte der Schulflucht begegnet werden. Nun fehlt hierfür das Geld.

### Rauschgiftsekretariat

Die Nationalregierung hat bestätigt, dass an eine Abschaffung des Sekretariates für die Verhütung der Rauschgiftsucht und der Bekämpfung des Handels mit Rauschgiften (Sedronar) nicht beabsichtigt ist. Sedronar ist die höchstrangigste Behörde in den genannten Aufgabenbereichen. In den letzten Tagen verlautete gerüchtweise, die Einrichtung sei im Haushalt 2002 nicht genannt und deshalb nicht mehr existent. Das Sekretariat werde eine neue Struktur bekommen und einen neuen Namen, hieß es dazu in der Casa Rosada.

### Galimberti tot

Am Dienstag ist 52-jährige Rodolfo Galimberti, eines der Sinnbilder der bleihaltigen 70er Jahre, Ex-Montonerochef und einer der Entführer der Gebrüder Born, gestorben. Nach seiner Rückkehr aus

dem Pariser Exil begann für Galimberti im demokratischen Argentinien eine der nicht seltenen, aber häufig seltsamen Karrieren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann und Genießer von Kubazigarren und des Weißen Jack Daniels. Der Ex-Montonero war mit einer Schwester der ehemaligen Arbeitsministerin Patricia Bullrich verheiratet.

### Schulbeginn

Für die Schüler der Grundschulen in der Bundeshauptstadt und der Provinz Buenos Aires enden die Schulferien am 3. März. An diesem Tage gehen auch für die Schulkinder in Catamarca, Corrientes, Chubut, Formosa, Jujuy, Río Negro, Santa Cruz, Santa Fe, Santiago del Estero, Tucumán und Tierra del Fuego zu Ende. Eine Woche später, am 11. März, ist für die Kinder in Córdoba, Chaco, La Pampa, La Rioja und San Juan erster Schultag.

## Horrorbilanz der Provinz Buenos Aires

### Im Januar 198 Tote bei Überfällen oder Schießereien von Polizei und Gangstern

Nach einem von den Sicherheitsbehörden der Provinz Buenos Aires veröffentlichten Bericht ist die Zahl der Gewaltverbrechen mit Todesopfern im Anstieg begriffen. Der Januar dieses Jahres weist im Vergleich zum Januar 2001 eine Zunahme der bei Überfällen oder bei Schießereien zwischen Polizei und Gangstern ums Leben gekommenen Personen von 30 Prozent auf. Die Zahlen dieser Kriminalitätsbilanz sind mehr als erschreckend. In der Provinz Buenos Aires wurden unter

vorgenannten Umständen in den 31 Tagen des Vormonats 198 Personen getötet. Statistisch gesehen sind das 6,3 Morde täglich oder ein Toter alle vier Stunden. Zum Vergleich: Im Januar 2001 verloren 147 Personen durch Gewalteinwirkung ihr Leben.

Kommissar Amadeo D'Angelo, in leitender Position bei der bonaerenser Polizei, erklärte, die Zahl der durch Gewaltanwendung ums Leben gekommenen Menschen habe in den letzten Monaten zugenommen. Gleichzeitig sei eine grenzenlose Verachtung des Lebens durch die Straftäter zu verzeichnen.

Doch sind es nicht nur Gewalttätigkeitsdelikte, die erheblich zugenommen haben, sondern allgemein alle Straftaten. Im Januar dieses Jahres wurden in der Provinz Buenos Aires 14.073 Raube, Diebstähle, Morde, Vergewaltigungen und Autodiebstähle begangen. Im Vorjahresmonat betrug die Zahl 12.824. Das bedeutet, daß im Januar dieses Jahres die Zahl der Straftaten gegenüber dem Januar 2001 um 10 Prozent zugenommen hat.

Die Mehrzahl der Straftaten in der Provinz Buenos Aires wurden in Groß-Buenos Aires begangen, das heißt in den Vororten, die einmal zur Stadt gehörten. In diesen Gebieten, geschlagen von der Armut, der Arbeitslosigkeit und der Gewissheit der Bewohner, zu einer sozialen Randgruppe zu gehören, konzentrieren sich 80 Prozent der Straftaten, die

in dem Tod von Zivilisten oder Polizisten gipfeln.

Die Behörden geben die Schwierigkeit zu, diese „Totenschwemme“ aufzuhalten. „Man kann die Bereitschaft der Leute, um des Tötens willen zu töten, nicht verhindern“, versichert dazu Kommissar D'Angelo.

Tatsächlich hat keines der bisher eingesetzten Mittel den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Zahl der Straftaten nicht bremsen können. Da fruchtete die vor zwei Jahren von Gouverneur Carlos Ruckauf geförderte „Politik der harten Hand“ (mano dura) zur Eindämmung der allgemeinen Unsicherheit Übergang nichts. Auch das von Ruckauf wäh-

rend der Wahlkampagne propagierte „blaue Bohnen für die Verbrecher“ (meter bala a los delinquentes) änderte nicht an der zunehmenden Welle von Straftaten.

Auch die Vergabe von restriktiven Vollmachten für die Provinzpolizei durch die Legislative und die Verschärfung des Strafrechtes konnten daran nichts ändern. Vor rund einem Monat erklärte der jetzige Gouverneur Felipe Sola bei der Beisetzung von zwei von Gangstern erschossenen Polizeibeamten in seiner Trauerrede, „die Verbrecher mögen sich in Acht nehmen“. Geändert an den Umständen aber hat der Satz nichts.

## TABELLE

### Fußball Copa Libertadores Vorrunde

Boca Juniors - Santiago Wanderers 0:0, River Plate - Talleres de Córdoba 0:0.

### Torneo Clausura 2001/02

**Erster Spieltag:** Argentinos Jrs. - Racing Club (TV) 2:2, River Plate - Talleres 3:1, San Lorenzo - Nueva Chicago 4:2, Belgrano de Córdoba - Boca Juniors 2:3, CA Independiente - Vélez Sarsfield 0:3, Newell's Old Boys Rosario - CA Banfield 0:3, CA Lanús - Rosario Central 0:0, Chacarita Jrs. - CA Huracán 0:2, Gimnasia LP - Unión de Santa Fe 3:2, Colón de Santa Fe - Estudiantes LP 3:0.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Kaffee mit Kuchen am Fluss genießen

Irgendwo am Nordseestrand, an der Alster, Elbe, Donau oder am Bodensee: Wem sind nicht die Strandcafés in Erinnerung, in denen man früher wie heute bei Bohnenkaffee mit Kuchen auf der Terrasse sitzt und die Welt an sich vorbei flanieren lässt? In ein solches Milieu fühlt man sich hineinversetzt, wenn man - ganz nahe - zur Teezeit den „Club de Pescadores“ aufsucht, der schon seit zwei Jahren auch Nichtmitgliedern zugänglich ist. Das Restaurant im fachwerkähnlichen Vereinsgebäude auf der Landebrücke an der Costanera Norte (Tel.: 4773-2216) besitzt sowohl mittags wie abends eine ausgezeichnete Küche. Empfehlenswert aber sind am Nachmittag zu wohlfeilen Preisen der Earl-Grey-Tee mit einer europäischen Tortenauswahl, von der Schwarzwälder Kirschtorte bis zum Strudel. Kostenlos dazu: die herrliche Aussicht auf den Río de La Plata sowie die Skyline der Hauptstadt.

### Andere Perspektive

Ebenfalls aus einer ungewohnten Perspektive können Reisende in den Nordwesten (NOA) die Landschaft von oben genießen. Diese Möglich-

keit hat man, wenn man in San Salvador de Jujuy ein Flugzeug anmietet und in einer Flugwanderung die weiten Ebenen, die Berge, die Buschlandschaft und den Urwald im Südteil der Provinz überfliegt. Vom Flughafen Gobernador Guzmán der Provinzhauptstadt geht es über die Zuckerröhren- und Tabakplantagen bis in den Urwald von Ocloyas, hinweg über Staueisen wie La Ciénaga oder Las Maderas oder in die Quebrada de Humahuaca hinein bis Reyes und die Lagunen von Yala. Ein Ausflug von 50 Minuten kostet 210 Pesos für drei Passagiere, 260 Pesos mit einer zweimotorigen Maschine für eine halbe Stunde und vier Personen. Auskunft über Tel.: (0388) 494-4782, E-Mail turazza@arnet.com.ar.

### Gauchos das ganze Jahr

Von Mittwoch bis Montag das ganze Jahr über (geöffnet von 11 bis

17, dienstags geschlossen), bietet in San Antonio de Areco der Parque Criollo y Museo Gauchesco Ricardo Güiraldes Interessantes, Wissenswertes und Unterhaltsames für jeden, der etwas über die Tradition der „Gauchos Criollos“ erfahren möchte.

Darüber hinaus sind in San Antonio de Areco, heute per Autobahn in nur etwas mehr als einer Stunde Fahrzeit von Buenos Aires erreichbar, Restaurants mit „Criollo“-Küche, Reitschulen zum Ausreiten in Gruppen, Silberschmiede, Drechsler und Sattler angesiedelt, die ihre Dienste anbieten. Außerdem gibt es einen Parque de Flora y Fauna Autóctona, das Stadtmuseum Usina Vieja sowie eine ständige Ausstellung von Handwerkern. Auskunft bietet die Fremdenverkehrsdirection über die Rufnummer (02326) 453165.

## Sie tanzte nur eine Nacht

Trotz finanzieller Probleme begeistert auch die 2002-Version des Karnevals von Gualeguaychú

Von Jörg Wolfrum

Lärmende Cumbia- und Samba-Musik, kunstvolle Federboas, viel nackte Haut und Lebensfreude pur - in Gualeguaychú bestimmt diese Wochen der „carnaval del país“ den Lebens-Rhythmus. „Es ist einfach phantastisch“, sagt Carolina Badaracco, „Königin“ der Samba-Schule O'Bahia. „Wir tanzen und singen und verbreiten Freude“, was könne es besseres geben, lacht Carolina. Aschermittwoch verboten sozusagen.

Seit Mitte Januar und noch bis zum ersten Samstag im März tanzt in dem 75.000 Einwohner-Städtchen der Provinz Entre Ríos der Bär: Während dreier Stunden nimmt der Reigen schöner Tänzerinnen und gut gebauter Tänzer kein Ende, 750 (je Komparse 250) sind es an der Zahl, die zwischen ebenso aufwendigen wie haushohen Karossen das 500 Meter lange Korsodrom nur so entlangzufliegen scheinen, vorbei am Hauptgebäude der Eisenbahn von Gualaguaychú.

Doch auch Jahre nach deren Stilllegung sorgen die Samba-Schule „O'Bahia“, „Marí-Marí“ und „Kamarr“ für einen großen Bahnhof. „O'Bahia“ ging zuletzt drei Mal (1999-2001) als Sieger aus dem von Juroren nach Musik, Tanz und Choreographie bewerteten Spektakel für Augen und Ohren hervor - und gilt auch in diesem Jahr wieder als Favorit für den obersten Podestplatz, nicht nur wegen Carolina. „O'Bahia“, unter der Schirmherrschaft des Club de Pescadores (Fischerklub) von Gualeguaychú, bietet ein farbenfrohes Spektakel rund um das Thema „Abenteuer“: Auf der Suche nach den geraubten Geschichten, die eine „Hexe“ aus den Kinderbüchern dieser Welt „entführt“



„Königin“ und Hofstaat von O'Bahia.

hat. Doch keine Angst, am Ende des Korsodroms und mit Hilfe von 250 Tänzerinnen und Tänzern ist die Phantasie-Welt von „O'Bahia“ wieder im Lot, und so mancher Säckel gut gefüllt.

In den vergangenen Jahren hat sich der Karneval für Gualeguaychú zur lukrativen Einnahmequelle gemauert. Aber nicht nur für das gemütliche Städtchen selbst, sondern für die gesamte Provinz, die auch in Gualeguay und Victoria mit Karnevalsumzügen aufwartet. Touristenströme aus Buenos Aires machen nicht nur in der Departements-Hauptstadt halt, sondern nutzten zunehmend auch die „Attraktionen der Region entlang des Río Paraná“, heißt es im örtlichen Tourismusbüro. Auf über zwei Millionen Pesos werden die jährlichen Einnahmen geschätzt.

Gualeguaychú mag die Karnevalshochburg Argentiniens sein, eine Insel der Seligen ist das



Komparse „Papelito“ den Rest: Die Betreiber sahen keine Chance, die rund 200.000 bis 300.000 Pesos für wettbewerbsfähige Kostüme und Karossen aufzubringen. Nur drei statt vier Samba-Schulen auf dem Korsodrom - faktisch bietet der „carnaval del país“ in diesem Jahr ein Viertel weniger Spektakel als noch 2001.

Kompensiert wird dies mit einem Staraufgebot, das von TV-Sternchen Julieta Prandi und Model Lorena Ceriscioli bis hin zur Schauspielerin Graciela Borges und den Bewohnern des „Gran Hermano“ (Big Brother)-Hauses reicht - eingeladen, um den jeweiligen Umzügen „Star-touch“ zu verleihen.

Doch des Publikums Freud ist der Tänzer Leid: „Nicht so begeistert“ ist Julián Fortain über die Sternschnuppen gleichenden Auftritte der Stars. „Die ziehen nur die Aufmerksamkeit auf sich“, meint der Tänzer. Da komme man sich nebedran manchmal „etwas komisch“ vor. Aber auch Julián weiß: „Wirtschaftlich geht es nicht anders“, schließlich „sorgen die Stars für Sponsoren und Zuschauer“.

Die 18-jährige Ana Quiroga ging daher den Weg so vieler Argentinier in diesen Monaten und kehrte ihrer Heimat den Rücken: Die Tänzerin, vor zwei Wochen noch im Korsodrom im Einsatz, besucht mittlerweile eine Schule im hessischen Bad Kissingen. Das ist Carolina nach eigenen Worten „zu extrem“: Die „Königin“ von O'Bahia hält sich da lieber an das Motto ihrer Samba-Schule: „Mit O'Bahia verlorene Träume zurückerobern“.

Städtchen angesichts der wirtschaftlichen Krise des Landes noch lange nicht. Bis zu 30.000 Besucher kamen in den vergangenen Jahren zu den einzelnen Umzügen, in diesem Jahr sollen es laut Pressestelle ähnlich viele sein. Allein - ein Blick auf die in vielen Bereichen weitgehend leeren Ränge im Korsodrom lässt Zweifel an den Aussagen der karnevalischen Berufsoptimisten aufkommen: Nicht einmal die günstigen Eintrittspreise (beginnend bei fünf Pesos) sorgen für ein volles Haus. Die Organisatoren strichen daher in diesem Jahr alle Sonntagsumzüge - vor leeren Rängen will auch bei Carolina und Co. kein Karnevals-Fieber aufkommen.

Eine Samba-Schule hat aufgrund von Finanzproblemen in dieser Saison sogar gänzlich auf ihre Teilnahme verzichtet. Nach fast vier Jahren Rezession gab der „Corralito“ (Kontensperren) der

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der als frei bezeichnete Dollarkurs schloss am Freitag Nachmittags zu \$ 2,10.

\*\*\*

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 18,2% auf 375,42, der Burcapindex um 13,1% auf 1.069,13 und der Börsenindex um 14,9% auf 19.154,53.

\*\*\*

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,8% auf \$ 0,8420.

\*\*\*

Die Gold- Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 7.2. \$ 19,44 Mrd., der Banknoten-umlauf \$ 11,95 Mrd. Eine Woche zuvor waren es \$ 19,23 Mrd. bzw. \$ 10,96 Mrd., einen Monat zuvor \$ 14,72 Mrd. bzw. \$ 10,75 Mrd. und ein Jahr zuvor \$ 26,04 Mrd. bzw. \$ 14,31 Mrd.

\*\*\*

Durch Dekret Nr. 261/02 (Amtsblatt vom 11.2.02) wurde der Paragraph 1 des Dekretes Nr. 214/02 vom 3.2.02 und Titel des Dekretes Nr. 1387 vom 1.11.01 ausser Kraft gesetzt, und gleichzeitig bestimmt, dass noch nicht erfolgte MwSt.-Rückerstattungen für Exporte jeweils in Pesos zum Wechselkurs bezahlt werden, der am Tag der Auszahlung gilt.

\*\*\*

Das Dekret Nr. 260/02 (Amtsblatt vom 11.2.02) wurde das Dekret Nr. 85 vom 27.12.01 (unterzeichnet von A. Rodríguez Sáa) ausser Kraft gesetzt, das eine Höchstgrenze für Pensionen festsetzte, wobei jedoch die allgemeine Verringerung um 13%, die im Rahmen des Gesetzes Nr. 24.156 und dessen Änderungen verfügt worden ist, beibehalten wird. Die Höchstgrenze verstösst gegen die Grndlagen des Pensionierungssystems und wäre bestimmt als verfassungswidrig erklärt worden. Ausserdem würde dadurch, wie es in der Erklärung zum Dekret lautet, nur weniger als 1% der gesamten Ausgaben des Pensionierungssystems gespart werden.

\*\*\*

Durch Beschluss Nr. 47/02 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 11.2.02) wurde bestimmt, dass der sogenannte Referenzstabilisierungskoeffizient (CER, Coeficiente de estabilización de referencia), der für die Indexierung von Depositen und Krediten gilt, für die Periode vom 7. bis zum Ende jedes Monats auf der Grundlage des Durchschnittes der täglichen Veränderung des Index der Konsumentenpreise berechnet

wird, während für die Periode von 1. bis zum 6. des Monats der Tagesdurchschnitt des 2. und 3. vorangehenden Monats genommen wird. Auf diese Weise hat die Preiserhöhung eine verspätete Wirkung auf den CER\_Koeffizienten.

\*\*\*

Durch Beschluss Nr. 1214 des Föderalen Amtes für Fiskaleinnahmen, AFIP, (Amtsblatt vom 11.2.02) wurde das Verfahren geregelt, um die Zustimmung des AFIP zu erhalten, die die ZB-Mitteilung A3382 fordert, um Überweisungen ins Ausland zuzulassen, auf die sich der Paragraph 2, Absatz d des Dekretes 1570/01 bezieht. Das AFIP muss dabei bestätigen, dass der Antragsteller keine Steuern, Zölle oder Sozialbeiträge schuldet und die eidesstattlichen Erklärungen der letzten 2 Jahre abgegeben hat.

\*\*\*

Die oberste Führung der Firma Techint hat die Meldung demontiert, derzufolge ihr Baubereich nach Brasilien verlegt wird. Der Techint-Bereich Ingenieurarbeiten und Bauwesen sei seit 55 Jahren in Argentinien tätig, wo sich der Stammsitz befindet und von wo aus auch andere Gebiete bearbeitet werden.

\*\*\*

Eine Expertengruppe mit Erfahrungen in vergleichbaren Krisenlagen erwägt mit der Wirtschaftsführung Möglichkeiten, um das geschädigte argentinische Finanzsystem wieder funktionstüchtig zu machen. In der Gruppe befinden sich u.a. J. Tuya, Direktor für internationale Finanz- und Bankangelegenheiten des US-Schatzamtes, Vito Tanzi, ehemaliger IWF-Beamte und derzeit Schatzsekretär Italiens, Aristóbulo de Juan, Spanien, R. Zahler, Chile, A. de la Torre, Ecuador, Regionalberater der Weltbank, M. Mancera Aguayo, ehemaliger ZB-Präsident Mexikos und G. Loyola, Brasilien. Beraten wird über die Struktur des Finanzsystems und die Geldpolitik.

\*\*\*

Das Regierungskredit Nr. 256/02 bevollmächtigt das Wirtschaftsministerium, die Verschuldung der Öffentlichen Hand umzustrukturieren. Die Massnahme kommt dem IWF entgegen. Es wurde als schwer zumutbar gewertet, dass ein Staat die Bedienung seiner Auslandsverpflichtungen mit einer Default-Erklärung einfach einstellt, ohne der Massnahme eine Rechtsgrundlage für Zahlungsverhandlungen zu geben. Das Dekret wird als Erklärung des guten Willens angesehen, die Zahlungen im Rahmen der Möglichkeiten wieder aufzunehmen.

\*\*\*

Die beiden grossen Stahlunternehmen Acindar und Siderar verzögern ihre Zahlungen und leiten Umschuldungsverhandlungen ein. Acindar, die von der brasilianischen Belgo Mineira kontrolliert wird, hat fällige Zinszahlungen für Obligationen mit Laufzeit bis 2004 nicht durchgeführt und der Börse mitgeteilt, dass sie vorübergehend Zins- und Kapitalzahlungen einstellt, um ihre Produktion aufrechterhalten zu können. Siderar von der Techintgruppe hat einen Teil des fälligen Kapitals und die Zinsen einer Anleihe zurückgezahlt. Die Gläubiger haben sich zur Umschuldung bereit erklärt.

\*\*\*

Die Public Service Enterprise Group (PSEG) gab bekannt, dass sie sich von den über AEG eingeleiteten Investitionen von US\$ 420 Mio. zurückziehen will. Mit ihnen sollten Minderheitsbeteiligungen an den Stromverteilungsunternehmen der Provinz Buenos Aires, Edelap, Eden und Edes, und an den Wärmekraftwerken San Nicolás und AES Paraná erworben werden. Die unsichere politische und wirtschaftliche Lage in Argentinien machen das Investitionsrisiko zu gross.

\*\*\*

Das französische staatliche Gaswerk Gaz de France (GdF) erwägt die Aufgabe der Tätigkeit in Argentinien. Nach der Pesoabwertung will GdF ihr Engagement hier zumindest einschränken. Ab 1997 hat GdF in Entre Rios, Corrientes, Misiones, Chaco und Formosa US\$ 60 Mio. in das Erdgasverteilungsnetz NEA investiert, von dem es 64% besitzt. 16% gehören der Pan American und 20% der Provinz Entre Rios. Es war das letzte der Privatisierungsvorhaben von Gas del Estado. Allerdings wurden in diesem Fall keine Anlagen übernommen, sondern alles neu geschaffen. Nun will GdF für US\$ 50 Mio. aussteigen.

\*\*\*

Die ZB gab neue Bestimmungen für Auslandsüberweisungen zur Zahlung von Einfuhren, Obligationen, Fremdenverkehr usw. durch juristische oder Einzelpersonen bekannt. In den Mitteilungen Nr. 3471 und 3472 wird der sogenannte freie und einzige Kurs für die Bezahlung bereits durchgeführter Importe im Wert von rd. US\$ 4,5 Mrd. festgesetzt. Die ZB-Bewilligung ist weiter notwendig. Auch wurden seit dem 3.12.01 blockierte Mittel für Fluggesellschaften und Reisebüros freigegeben.

\*\*\*

Der Gewerkschaftsbund CGT wird die Indexierung der Löhne und Gehälter fordern, wenn die Preiserhöhung 15% erreicht, wie die Haushaltsvorlage für 02 vorsieht.

\*\*\*

Ein weiteres Gerichtsurteil hat die Verfassungswidrigkeit des Regierungskredites erklärt, mit dem Klagen gegen die Depositeneinfrierung für 180 Tage nicht angenommen werden. Zwei Rechtsanwälte haben ausserdem Strafanzeigen gegen ausländische Banken wegen Betruges, Täuschung und ungehöriger Einbehaltung erstattet.

\*\*\*

Durch Beschluss 61/02 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 12.2.02) wurden die Zahlungsbestimmungen für Einfuhren von Waren für die Gesundheit der Bevölkerung, sowie kritischer Rohstoffe und Zwischenprodukte festgesetzt. Binnen 90 Tagen ab der Zahlung muss der Importeur das effektive Vorhandensein der Ware im Inland nachweisen, indem er von der mitwirkenden Bank den Antrag für die definitive Einfuhr für den Endverbrauch vorweist, der vom Zollamt bestätigt worden ist. Einfuhren bis zu US\$ 200.000 dürfen ab 180 Tagen bezahlt werden; darüber hinaus sind es 360 Tage. Der Beschluss enthält alle Zollpositionen auf die er sich bezieht. Der Dirigismus treibt immer neue Blüten; von freiem Markt kann nicht die Rede sein.

\*\*\*

Durch Beschluss Nr. 56/02 (Amtsblatt vom 12.2.02) wurden sämtliche Ausfuhrückvergütungen um 50% verringert. Ausgenommen sind Exportgeschäfte, die beim Zollamt bis zum 28. Februar eingetragen werden, sofern die entsprechenden Devisen vor dem 31.3.02 eingebracht werden. Dieser Beschluss soll die Ausfuhren anspornen, um Angebote auf dem Devisenmarkt herbeizuführen.

\*\*\*

Durch Dekret Nr. 284/02 (Amtsblatt vom 13.2.02) wurde die Gültigkeit des Paragraphen 1 des Dekretes Nr. 1034 vom 14.8.01, der die Ausnahme der Privatschulen von der Erhöhung der Beiträge zum Pensionssystem von 16% auf 20% bis zum 31.12.01 bestimmt, um ein Jahr verlängert.

\*\*\*

Der Generaldirektor des Steueramtes (DGI), Horacio Rodríguez Larreta, ist von seinem Amt zurückgetreten, für das er im Vorjahr von Minister Cavallo bestellt worden war. Er ist ein erfahrener Verwaltungsfachmann, der schon Geschäftsführer des ANSeS (unter A. Bramer Markovic) war, in einer Amtszeit in der fast eine Milliarde gespart und die Renten pünktlich in 30 Tagen gezahlt wurden. Danach hat er das Sekretariat für soziale Entwicklung des Präsidentschaftsamtes verwaltet, war dann Mitverwalter des PAMI und anschliessend in der Provinz Buenos Aires tätig. Er

hatte jedoch keine gute Beziehung zum neuen AFIP-Direktor Alberto Abad, der ihm keine Unterstützung für sein innovatives Programm gewährte, um die Hinterziehung besser zu erfassen und zu bekämpfen. Abad stützt sich auf Karrierebeamten, die nur die Routine fortsetzen.

\*\*\*

**Auch in der Hafentätigkeit ist ein Konflikt entbrannt: während die Konzessionäre der Hafenanlagen (terminales) und die Dienstleister die Tarife in Dollar bezahlt haben wollen, fordern Reeder, Exporteure und Schifffahrtsgesellschaften eine Umwandlung in Pesos eins zu eins.** Mitte Januar hatte die Hafenverwaltung (AGP) Dollartarife genehmigt. Danach wurde durch das Notstandsgesetz Nr. 25.561 und das Dekret Nr. 214/02 die „Pesifizierung“ der Tarife verfügt. Die Dienstleister weisen darauf hin, dass diejenigen, die die Tarife bezahlen, Einnahmen in Dollar haben. Der Konflikt hat sich schon auf die Hafentätigkeit ausgewirkt. In einigen Fällen wurde die Entgegennahme der Waren zur Verschiffung verweigert.

\*\*\*

**Die Regierung hat die Erhöhung um einen Punkt der Arbeitgeberbeiträge zur Finanzierung des Nationalen Sozialwerkes für Rentner und Pensionäre (INSSJP) verfügt.** Gleichzeitig wurde die Bezahlung der PAMI-Lieferanten mit Sozialwerk-Bocon-Bonds gestattet. Das Dekret Nr. 282 (Amtsblatt vom 12.2.02) bestimmt, dass alle Bonds die zur Zahlung von Verpflichtungen der Öffentlichen Hand ausgegeben wurden, zur Zahlung fällig gewordener Nationalsteuern eingesetzt werden können.

\*\*\*

**Die Zahlungseinstellung des Staates, die Anhäufung seiner Schulden und die Aufhebung der Investitionen für öffentliche Dienstleistungen treiben viele kleine und mittelständische Staatslieferanten in den Konkurs.** Der Staat schuldet ihnen, so ihre Vereinigung UAPE, \$ 150 bis 200 Mio., zahlt kaum und sie müssen zur Zeit der Konvertibilität vertraglich verpflichtete Lieferungen weiter durchführen. Die Stadt Buenos Aires schuldet über \$ 60 Mio. und hat die Zahlungen seit dem 21.12.01 eingestellt. Bis dahin gab es im Gesundheitswesen Zahlungsverzögerungen von 60 bis 90 Tagen. Die Provinz Buenos Aires und ihre Gemeinden, sowie die meisten anderen Provinzen, haben seit dem 1.7.01 die Zahlungen praktisch eingestellt. Auch könnten die Lieferanten ihre Wiederbeschaffungskosten nicht feststellen.

\*\*\*

**Mittels Beschluss Nr. 1217 hat das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) den Einsatz von Mit-**

**teln aus eingefrorenen Bankeinlagen zur Zahlung von Steuern und Sozialbeiträgen geregelt.** Diese können mit Bargeld, gewöhnlichem Scheck, bestätigtem Scheck oder vorausdatiertem Scheck bezahlt werden, direkt bei der Zahlungsstelle oder durch zugelassene Kontenbelastung. Beitragspflichtige im Dosmil-System dürfen Beträge über \$ 1.000 nicht in bar bezahlen und mit Lecop-Bonds nur Beträge bis \$ 1.000. Das AFIP wird die Zahlungsstellen über Internet bekanntgeben.

\*\*\*

**Das Dekret Nr. 278 verfügt, dass nur bis zum 30.6.01 fällige Schulden mit Staatspapieren bezahlt werden können.** Damit wird die von Minister Cavallo gewährte Erleichterung abgeschafft, die den Staat rd. \$ 300 Mio. an Steuereinnahmen gekostet haben sollen.

\*\*\*

**Das argentinische Telekommunikationsunternehmen Impsat, das bisher von der Pescarmona Gruppe und der Investmentbank Morgan Stanley kontrolliert wurde, stellt seinen Umschuldungsplan für US\$ 1 Mrd. fertig.** Die 46%ige Beteiligung von Pescarmona soll stark verringert und die 16%ige von Morgan Stanley erhöht werden. Über die 19% der British Telecom wurden keine Angaben gemacht.

\*\*\*

**Im Vorjahr erreichten die argentinischen Weinausfuhren mit US\$ 130 Mio. einen neuen Rekord.** 75% davon entfielen auf Qualitätsweine, die gegenwärtig 27% der Gesamtproduktion ausmachen, gegen 8% vor 2 Jahrzehnten.

\*\*\*

**Die Weinkellereien, die bedeutende Auslandsgeschäfte abgeschlossen haben, stehen vor Beschaffungsproblemen bei Korken.** Zu den Einfuhrschwierigkeiten kommen Schulden von US\$ 15 Mio. an die Importeure, die nicht beglichen werden können.

\*\*\*

**Laut ZB-Mitteilung B 7125 können Kreditschuldner in eins zu eins pesifizierte Dollar, fällige Raten wieder bezahlen.** Allerdings mit der Einschränkung, dass sie als a Kontozahlungen verbucht werden. Das bedeutet, dass die Rate mit dem gleichen Pesobetrag wie die letzte bezahlt wird, jedoch ein unbekannter Saldo verbleibt, der berechnet wird, wenn im August der Stabilisierungs-Referenzkoeffizient CER feststehen wird.

\*\*\*

**Mit der Abwertung und der neu entbrannten Inflation sind erneut die starken Preisunterschiede für gleiche Produkte aufgetaucht.** Der Verbraucherschutzverband Adelco hat auf Supermärkten folgende Fälle festgestellt: Rindfleisch für Schnitzel

## Schröder vor Handelskammer

Die argentinisch deutsche Industrie und Handelskammer (CADI-CAA) veranstaltete gestern ein Essen im Sheraton Hotel zu Ehren von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Nach einleitenden Worten vom Kammerpräsident Andrés von Buch, hielt der Kanzler eine kurze Ansprache, mit wichtigen Grundkonzepten.

Er wies zunächst darauf hin, dass man sich die Frage stelle, warum er ausgerechnet jetzt gekommen sei, mitten in der tiefen Krise. Aber Deutschland habe eben Vertrauen in Argentinien und wolle die langfristigen Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kultur stärken. Schröder lobte dann das Engagement Argentinien bei internationalen Initiativen und Körperschaften, und wies dabei auf die Mitwirkung im Balkan hin, wo Argentinien eine konkrete Verantwortung übernommen habe.

Er kam dann auf das Konzept des Regionalismus zu sprechen und trat für engere Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur ein, mit mehr Dynamik bei den Verhandlungen. Er bemerkte, die Agrarinteressen sollte man nicht der Zusammenarbeit entgegenhalten, und gab dabei zu verstehen, dass es auch auf diesem Gebiet Lösungen gebe.

Was die Unterstützung Argentinien betreffe, so werde sie über der IWF geführt. Er stellte die Frage, wie eine Lösung in Gang kommen könne, wenn auf der einen Seite der IWF ein überzeugendes Programm fordere, als Voraussetzung für den finanziellen Beistand, jedoch von argentinischer Seite darauf hingewiesen werde, dass das Programm nur funktionieren könne, wenn es mit finanzieller Unterstützung vom Ausland zähle. Schröder schlug vor, schrittweise vorzugehen, also die Hilfe aufzuteilen und von der Erfüllung der einzelnen Stufen des Programms abhängig zu machen. So geht der IWF normalerweise schon vor; nur wurden in den letzten Jahren die Versprechen nicht erfüllt, so dass auch die Auszahlungen nicht erfolgten.

Schröder warnte einmal vor Protektionismus, und dann davor, dass aus Investoren keine Gläubiger gemacht werden sollen. Dies wurde dahingehend interpretiert, dass er sich auf den Siemens-Vertrag über die Ausstellung von Personalausweisen bezog, bei dem eine echte Investition in Gang war, die jetzt (sofern der alte Vertrag nicht wieder aufgefrischt wird) eine finanzielle Forderung geworden ist.

Der Bundeskanzler schloss mit einem Hinweis auf die guten fundamentalen Daten Argentinien, wobei die Krise bestimmt mit internationaler Hilfe gelöst werden könne. Deutschland habe ein Interesse an offenen und stabilen Märkten, was auch Argentinien mit einschliesst.

Zum Abschluss erschien noch Aussenminister Carlos Ruckauf, der in einer Ansprache besonders die Bedeutung des Mercosur hervorhob und dabei darauf hinwies, dass argentinische Unternehmen jetzt den brasilianischen Präsidenten Cardoso bei einer Reise in den fernen Osten begleiten würden, und umkehrt, brasilianische Unternehmer ihn bei einer bevorstehenden Südafrika-Reise. Ruckauf sprach sich positiv über die Abwertung des Peso aus, von der er neue Exportinitiativen erwartet, und lobte dabei den Bruch mit der von ihm als absurd bezeichneten Parität von eins zu eins.

(milanesa) \$ 2,89 und \$ 5,99 pro kg; runde Zwiebel \$ 0,39 und 0,79 pro kg; Speiseöl (Mischung) \$ 2,37 und \$ 3,29 pro 1,5 Literflasche; Seife (2 Stück zu 300 gr) \$ 0,84 und \$ 1,09; trockene Teigwaren, 500 Grammpaket \$ 1,08 und 1,39; Reis \$ 1,57 und \$ 1,99 pro kg; Zahnpasta (180 gr) \$ 1,65 und \$ 2,09; Yerba Mate \$ 2,15 und 2,35 pro kg.

\*\*\*

**Eine Ermittlung der Stiftung Fundación Mediterranea ergab, dass eine Abwertung von 100% im Laufe eines Jahres eine allgemeine Preissteigerung von 45% hebeftührt.**

\*\*\*

**ZB-Präsident Blejer gab bekannt, dass die Zertifikate auf eingefrorene Beträge beim Kauf registrierter Güter (Immobilien und Kfz) von einer Bank auf eine ande-**

**re übertragen werden können.** Bisher konnten diese Zertifikate (ZB-Mitteilung A 3467) nur für die Tilgung von Krediten bei der gleichen Bank verwendet werden. Die Änderung soll unmittelbar in eine ZB-Norm gefasst werden.

\*\*\*

**Das Defizit des Schatzamtes betrug im Januar 02 \$ 720 Mio.** was weniger als die \$ 1,156 Mio. vom Dezember 01, jedoch mit einem Defizit von \$ 3 Mrd. für das ganze Jahr, unvereinbar ist.

\*\*\*

**Die Provinzen schulden internationalen Finanzinstituten, vornehmlich der Welt- und der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank, insgesamt US\$ 2,67 Mrd.** Davon entfallen US\$ 868 Mio. auf die Provinz Buenos Aires, US\$ 233 Mio.

auf Santa Fe, US\$ 144 Mio. Tucumán, US\$ 143 Mio. Río Negro, US\$ 143 Mio. Córdoba, US\$ 121 Mio. Entre Ríos, US\$ 115 Mio. Chaco und Beträge unter US\$ 100 Mio. auf andere Provinzen. Der geringste Betrag, US\$ 16 Mio., entfällt auf San Luis.

\*\*\*

**Die ZB fordert von den Unternehmen die Umprogrammierung ihrer Devisenschulden.** In den letzten Wochen waren Überweisungen ins Ausland genehmigungspflichtig, um der Devisenflucht entgegenzuwirken. Dabei zeigte weder die ZB Eile, Devisen freizugeben, noch die Unternehmen, ihre Schulden prompt zu bezahlen. Die ZB will nun Überweisungen von Zinsen freigeben für, Kapital jedoch eine Grenze festlegen, unter der Überweisungen frei, über derselben jedoch genehmigungspflichtig sein sollen.

\*\*\*

**Die der Cartellonegruppe gehörende Resero-Weinkellerei hat ihre Tätigkeit in San Rafael, Mendoza, wieder aufgenommen.** Der Betrieb war vor 5 Jahren stillgelegt worden.

\*\*\*

**Der Sportbekleidungshersteller Gatic, bis zum 31.12.01 Exklusivkonzessionär für die Produktion unter der Marke Adidas in Argentinien,** hat 3 Werke in Coronel Suárez, Pigüé und Las Flores wieder in Betrieb genommen.

\*\*\*

**Die Provinz Santa Fe wird ihr E-Werk EPE (Empresa Provincial de la Energía) nicht privatisieren.** Wie der Finanzminister der Provinz, J.C. Mercier, erklärte, sei das kein Regierungsbeschluss, es hätten sich einfach keine interessierten Investoren gefunden.

\*\*\*

**Durch Dekret 310/02 (Amtsblatt**

**vom 14.2.02) wurde eine Ausfuhrsteuer von 20% auf Erdöl eingeführt (Zollposition 2709.00.10 bis 2709.00.80) und von 5% auf Erdölenderivate (Zollposition 2710.00.11 bis 2710.00.99).** Diese Steuern gelten für Ausfuhrgeschäfte, die ab dem 1.3.02 beim Zollamt beantragt werden. Die Erdölunternehmen erhalten somit einen Anreiz, Ausfuhren zu beschleunigen. Das wurde bewusst getan, um unmittelbar ein höheres Devisenangebot zu schaffen.

\*\*\*

**Durch die gemeinsamen Beschlüsse 13/02 und 9/02 der Schatz- und Finanz-Staatssekretariate (Amtsblatt vom 14.2.02) wurde die Ausgabe von Schatzscheinen für \$ 850 Mio. verfügt,** die direkt bei den Rentenverwaltungsfonds AFJP untergebracht werden. Ausgabedatum ist der 7.2.02, Verfall am 14.5.02. Das Dekret gibt keinen Zinssatz an; dieser ergibt sich aus dem Disagio, also dem Preis, den die AFJP bieten.

\*\*\*

**Im Amtsblatt vom 15.2.02 wurde das Gesetz Nr. 25.563 über Produktions- und Kreditnotstand veröffentlicht, das auch das Gesetz über Konkurse und Vergleichsverfahren grundlegend ändert.** Gleichzeitig wurde das Dekret Nr. 318/02 über seine Teilvetos bekanntgegeben.

\*\*\*

**Die 12 Verwaltungsstrafgerichte der Bundeshauptstadt müssen täglich 1.000 bis 1.200 Klagen gegen die Einfrierung der Depositen (corralito) entgegennehmen.** Sie beziehen sich auch auf Paragraph 12 des Dekretes 214 vom 4.2.02, der Klagen in dieser Angelegenheit für 6 Monate verbietet. Er wird als verfassungswidrig beanstandet, was er nach Ansicht einiger Richter, die bereits Urteile gefällt haben, auch ist. Schätz-

ungsweise wurden bereits 30.000 Klagen eingebracht und die Gerichte sind vollkommen überlastet.

\*\*\*

**Präsident Duhalde erklärte über Radio Nacional, dass die Reaktivierung der Wirtschaft in 60 Tagen bemerkbar sein werde.** Vor Monatsende werde der neue Plan für öffentliche Bauten bekanntgegeben. Als Beispiele des Aufschwunges nannte er die Fleischindustrie, die bereits 4.500 Arbeiter eingestellt habe und die Wiedereröffnungen der Traktorenfabrik Zanella in Córdoba und der Sportschuhfabrik von Gatic in Coronel Suárez. Die Regierung gebe den kleinen und mittleren Unternehmen Priorität, da diese viele Arbeitskräfte beschäftigen.

\*\*\*

**Dem Präsidenten liegt ein Notstandsdekret zur Unterschrift vor, durch das der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialwerke von 5% auf 6% erhöht wird, und der Beitrag zum Pami um 0,9 Punkte von 0,5% auf 1,4% bzw. von 0,62% auf 1,52% der Löhne und Gehälter.** Dadurch werden diese Beiträge wieder fast auf den Stand gebracht, den sie vor der Reform von 1994 hatten. Damals waren 6% für Sozialwerke und 2% für das Pami. Die Sozialwerke würden auf diese Weise zusätzliche \$ 760 Mio. erhalten. Zählt man auch die Arbeitgeberbeiträge dazu, steigt der Beitrag an die Sozialwerke jetzt von 8% auf 9% und an das Pami von 3% bzw. 3,62% auf 4,4% bzw. 4,62%.

\*\*\*

**Wie die Wirtschaftszeitung BAE berichtet, befürwortet Produktionsminister de Mendiguren eine Kurssicherung für Unternehmen, die Schulden an ausländische Gläubiger haben.** Eine Gruppe von Grossunternehmen soll in diesem Sinne eine intensive Lobbytätigkeit aus-

üben. Die Kosten werden von der ZB auf \$ 30 Mrd. geschätzt, was untragbar ist. Fachleute der Weltbank prüfen mit jenen des Wirtschaftsministeriums eine beschränkte Kurssicherung, die Unternehmen die exportieren und/oder sich in ausländischem Besitz befinden oder zu den Grossunternehmen gehören, ausschliesst, wodurch der Betrag stark schrumpfen würde. Dennoch kann das Budget überhaupt keine zusätzliche Belastung verkraften.

\*\*\*

**Argentiniens Botschafter in der EU, R. Lavagna, gab bekannt, dass das EU-Exekutivkomitee in den nächsten Tagen über eine Zollsenkung für Produkte (wahrscheinlich positiv) entscheiden werde, die Argentinien ausführt.** Es gehe um Rindfleisch, Spargeln, Honig, Beeren und andere Erzeugnisse der Landwirtschaft. Lavagna wies darauf hin, dass Argentinien auf diese Weise Fleisch für bis zu US\$ 200 Mio. und andere Erzeugnisse für bis zu US\$ 100 Mio. liefern könnte.

\*\*\*

**Die Schätzung des AFIP über die Fiskaleinnahmen im Februar ergibt etwa \$ 3,5 Mrd., 17% weniger als im gleichen Vorjahresmonat.** Das liegt weit unter der Schätzung, die dem Budget zugrunde liegt, die durchschnittlich \$ 3,9 Mrd. monatlich vorsieht.

\*\*\*

**Der Bäckerverband gab bekannt, dass 50 Bäckereien geschlossen haben und sich 90% der Branche in einer kritischen Lage befinden.** Das sei auf die Zunahme des Mehlspreises um über 100% seit Dezember zurückzuführen. Indessen spielt hier strukturell wohl der Umsatz mit, dass Supermärkte Brot billiger verkaufen.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Der freie Devisenmarkt ist nicht frei

Man sollte meinen, die Schaffung eines einheitlichen Devisenmarktes mit frei schwankenden Kursen bietet keine besonderen Schwierigkeiten. Dennoch gelang es Wirtschaftsminister Jorge Remes Lenicov nicht, den Markt am Mittwoch den 6. Februar zu eröffnen, wie er es am Sonntag Abend, dem 3. Februar, angekündigt hatte. Erst am Montag letzter Woche begannen die Geschäfte, jedoch bei stark reduziertem Umfang, mit nur US\$ 4 Mio. Umsatz am ersten Tag und nicht viel mehr an den folgenden. Zur Hauptsache wurden Dollarbanknoten gekauft und verkauft, die nur mit Bargeld gehandelt werden konn-

ten, wobei es jedoch kaum eine Kontrolle gibt, wenn sie jemand mit einem Scheck kauft, der dann vom Empfänger deponiert wird. Denn auf dem Scheck steht nicht, für welche Zahlung er ausgegeben wurde. Dennoch werden in Wechselstuben kaum Schecks angenommen. Der Kurs spielte sich auf \$ 1,80 bis \$ 2 ein, wobei jedoch vermutet wird, dass er nicht weiter in die Höhe sprang, weil die Banken Dollar von ihrem Bestand von angenommenen US\$ 800 Mio. verkauften, nachdem sie die ZB von der Verpflichtung befreit hatte, diese Devisen zum Kurs von \$ 1,40 abzugeben.

Mit den Getreideexporteuren

wurde vereinbart, dass sie die Rückgabe der MwSt. erhalten, die ihnen geschuldet wird, sofern sie sich verpflichten, die bestehenden Devisenguthaben umzutauschen und den Export in Gang zu setzen. Ebenfalls hat die Regierung die Exportrückvergütungen halbiert, aber nur ab 28. Februar, um auf diese Weise diese Exporte anzuspornen. Wenn dann Angebot entsteht, sollen die Devisengesuche für Importe u.a. Zwecke genehmigt werden. Die ZB will ihre Reserven offensichtlich nicht opfern. Devisen für Importzahlungen u.a. Zwecke werden de facto von der ZB nur im Ausmass freigegeben, in dem Exportdevisen hereinfließen. Der Aussenhandel bleibt weiter gehemmt, mit zuneh-

mendem Schaden für die Wirtschaft, da immer mehr Produkte fehlen, die für einen Fabrikationsprozess unerlässlich sind, und auch Knappheiten entstehen, die sich auf die Preise auswirken. Die ganze Devisenbewirtschaftung, die ab 3. Dezember gilt und immer mehr reglementiert wird, ist heller Wahnsinn. Sie lässt sich nicht verwalten, wobei Banken und die ZB einfach überfordert sind. Aber ausserdem kommt sie der mannigfaltigen Wirklichkeit nicht zurecht, bei der sich Finanzgeschäfte mit Warengeschäften und Dienstleistungen mischen, und Geld kontinuierlich über Landesgrenzen in alle Richtungen fließt. Remes Lenicov und seine Mannschaft haben keine Ahnung,

was in der wirtschaftlichen Wirklichkeit effektiv vor sich geht.

Bei völliger Freiheit würde kaum viel geschehen. Denn die Devisennachfrage ist durch die Megadepression und die phänomenale Illiquidität gehemmt, der Export muss nachholen, was er im Dezember, Januar und Februar versäumt hat, und viele Unternehmen, besonders multinationale, müssen sich Geld von ihren Mutterhäusern beschaffen, um nicht in Zahlungsunfähigkeit zu geraten. Die Angst der Wirtschaftsführung vor Gewinntransfers ist unbegründet; denn das Geld fliesst ins Ausland, wenn es effektiv vorhanden ist und nicht, wenn der Gewinn in den Büchern steht. Abgesehen davon haben die lokalen Sparer im Laufe des letzten Jahres schon weitgehend Dollar gekauft, die sie jetzt zum Teil wieder verkaufen müssen, da sie Zahlungen durchführen müssen. Schliesslich bieten sich jetzt auch interessante Möglichkeiten für Anlagen in Ländereien oder anderer Art, da die Preise der Aktiven in Dollar ausgedrückt zurückgeblieben sind. Im schlimmsten Fall kann die ZB Reserven verkaufen, deren Sinn es schliesslich ist, zu hohe Kursschwankungen zu vermeiden. Die vorhandenen Reserven sind mehr als ausreichend.

Für Leute, die prinzipiell nicht an die Marktwirtschaft glauben, wie Remes Lenciov und seine

## Remes Lenciov in Washington

Wirtschaftsminister Jorge Remes Lenciov reiste am Montag nach Washington, um mit dem IWF und dem US-Schatzamt zu sprechen. Es war davon die Rede, dass Argentinien ein Hilfspaket von US\$ 25 Mrd. ansuchen und auch erhalten würde. Als Mindestforderung wurde die Freigabe der fehlenden US\$ 8,4 Mrd. aus dem Panzerungspaket angesehen. Angeblich braucht Argentinien einen hohen Betrag, einmal damit der Wechselkurs nicht davonläuft, und dann eventuell auch zur Deckung des Defizites und um eine Wiederherstellung des zerstörten Banksystems zu ermöglichen.

Der IWF ist indessen selber scharfer Kritik ausgesetzt worden, weil er Argentinien unter De la Rúa so viel geliehen hat, wobei man an Hand des Ergebnisses dem Eindruck nicht entgehen kann, dass das Geld zum Fenster hinausgeworfen worden ist. Generaldirektor Horst Köhler und seine Mannschaft haben somit kaum die Möglichkeit, die Hand für einen

Mannschaft, und noch mehr Präsident Duhalde, ist es schwierig, deren Funktionieren zu verstehen und Risiken, wie in diesem Fall ein übertrieben hoher Kurs, richtig einzuschätzen. Ein Kurs von \$ 2 zum Dollar bedeutet ohnehin schon eine Zunahme, die in einem Land mit zehnjähriger Stabilität, davon zwei Jahren Deflation am Schluss, absurd hoch erscheint. In Argentinien wissen wir gewiss von Abwertungen dieser Grössenordnung, aber eben nur in Zeiten der Hochinflation. Die Gefahr eines hohen Wechselkurses ist die, dass er die Inflation anheizt, nicht nur über die Preise von Import- und Exportprodukten, sondern einfach, weil die Gesellschaft dollarisiert ist und in Dollar denkt und kalkuliert, so dass der hohe Kurs schliesslich seine eigene Rechtfertigung schafft. Dieser Entwicklung muss mit einer harten monetären Politik entgegengewirkt werden, was dann eine stark rezessive Wirkung hat. Indessen wurde mit dem neuen ZB-Statut die Tür für monetäre Emission geöffnet, wobei die Grenzen, die zunächst gesetzt worden sind, leicht fallen könnten. Diese Gefahr wird allgemein gewittert. Und wenn Präsident Duhalde redet und dabei gelegentlich seiner innersten frühperonistischen Überzeugung freien Lauf lässt, dann steigt das Misstrauen noch mehr.

grosszügigen Kredit zu öffnen, womöglich auch nicht für einen kleinen.

US-Schatzsekretär Paul O'Neill hat einen neuen Begriff geprägt: er fordert ein „anhaltendes Programm“ (auf englisch „sustainable“). Im Grunde ist dies eine Selbstverständlichkeit. Nun kann der argentinische Wirtschaftsminister in keiner Weise ein Programm vorlegen, das diese Bedingung erfüllt. Denn seine Wirtschaftspolitik hat kein leitendes Konzept, ist in einem absurden Dirigismus verwickelt und hat die Wirtschaft durch die Demonetisierung der Bankguthaben (durch die sinnlose Konteneinfrierung) und die Lahmlegung des Aussenhandels, die schon zwei ein halb Monate dauert, in eine Megadepression geführt, wie man sie in Argentinien wohl nur in den schlimmsten Jahren der Depression der 30er Jahre erlebt hat.

Jede internationale Hilfe geht letztlich über den IWF, sei es, dass dieser direkt das Geld zur Verfüg-

ung stellt, sei es, dass er grünes Licht für Hilfe durch internationale Organe oder Staaten, besonders die USA, gibt. Der Fonds geht von einem ordentlichen Budget aus. Argentinien hatte sich im Juli per Gesetz zu einem Nulldefizit verpflichtet, was dann so ausgelegt wurde, dass das im Budget vorgesehene Defizit von \$ 6,5 Mrd. eingehalten würde, wobei es dann schliesslich \$ 9.087 Mio. waren, und in Wirklichkeit ohne so viel kreative Buchhaltung noch mehr. Für 2002 könnte sich der IWF mit einem Defizit von \$ 3 Mrd. zufrieden geben, wie es im Budgetvorschlag steht. Indessen handelt es sich um einen frommen Wunsch. Eine nähere Analyse zeigt, dass das Defizit auf über \$ 8 Mrd. ansteigt, und noch mehr, wenn der traditionelle Inflationsmechanismus mit Gehaltserhöhungen wieder in Gang kommt.

Noch schlimmer ist der Fall mit der Haushaltsbelastung durch die Differenz, die beim Banksystem durch die Umwandlung von Schulden eins zu eins und von Depositen zu \$ 1,40 zu eins entsteht. Offiziell wird jetzt mit einem Fehlbetrag von etwa \$ 17,5 Mrd. gerechnet. Auch wenn das Schatzamt diesen Betrag zunächst mit Staatspapieren deckt, handelt es sich um Defizit, zumal von einer phänomenalen Grössenordnung, die der IWF nicht dulden kann.

Diese Pesifizierung stiess allgemein auf heftige Kritik, zumal Grossschuldner dadurch ihre Schulden verwässern können, also ein Geschenk von insgesamt über \$ 5 Mrd. erhalten, das die ganze Bevölkerung dann zahlen muss. Die Erinnerung an die Kursgarantie, die Cavallo als ZB-Präsident 1982 erteilte ist in frischer Erinnerung. Bei Inflation konnten dann Dollarschulden zu einem Bruchteil des Dollarbetrages gezahlt werden. Allerdings hatte Cavallo damals eine Indexierung eingeführt, die die Wirkung gedämpft hätte. Diese wurde dann von seinem Nachfolger, Julio Gonzalez del Solar, abgeschafft. Präsident Duhalde rechtfertigt jetzt dieses Verwässerungsmanöver, indem er auf die Erhaltung vieler lokaler Unternehmen hinweist, die sonst untergehen oder schweren Schaden erleiden würden. Dennoch entfällt ein Löwenanteil auf Grossunternehmen, einschliesslich Erdölfirmen u.a. Exportunternehmen, deren Einnahmen in Dollar bestehen. Der Verdacht über ein krummes Geschäft ist sofort aufgekommen, was in einer Zeit, in der die Ethik so stark

in den Vordergrund gestellt wird, gewiss keine Nebensache ist. Die Frage ist, ob der Kongress, in dem grosses Unbehagen über dieses unmoralische Geschenk in Zeiten schwerer Einkommenseinbussen für das Volk besteht, dies rückgängig machen kann. Eine Initiative, über die Schaffung einer Steuer von 5% auf diese „pesifizierten“ Schulden, ist schon aufgekommen. Dies soll etwa eine Milliarde vom Gewinn abschöpfen, löst jedoch das Problem keineswegs. Wenn diese brutale Schuldenverwässerung verbleibt, wird auch der IWF eine Hilfe versagen müssen, womit der Weg in eine neue Hochinflation, eventuell sogar Hyperinflation, geebnet worden ist. Remes Lenciov verneint diese Möglichkeit zwar energisch, und betont seine guten Absichten. Aber der Weg in die Hölle ist eben mit guten Absichten gepflastert.

Der IWF fordert zwecks ordentlichem Budget auch, dass die Steuereinnahmen erhöht werden, wobei seine Fachleute an neue Steuern denken, an erster Linie eine allgemeine Exportsteuer auf Produkte der Landwirtschaft u.a. von angeblich 5%. Es könnte auch eine progressive Steuer ab einem bestimmten Wechselkurs sein. Leider sind die IWF-Steuerfachleute genau so bürokratisch eingestellt wie die argentinischen Beamten, so dass sie keine private Mitwirkung an den Kontroll- und Eintreibungstätigkeiten, ebenso wie bei der Informatik, befürworten, was die einzig mögliche Lösung wäre.

Ausserdem fordert der Fonds, dass die Provinzen ihre Ausgaben senken und ihre Einnahmen erhöhen, dass die Industrieförderung aufgehoben wird (wie es im Budget durch ein Jahr vorgesehen war, was jedoch auf Widerstand der interessierten Provinzen stiess und aufgegeben wurde) und ebenfalls, dass die Reform des Konkursgesetzes auch einem Veto unterstellt wird.

Diese Reform ist erneut für Schuldner gedacht, auch nach Entfernung des Paragraphen, der dem Schuldner erlaubte, die Gläubiger mit Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zu befriedigen. Die Regierung hat schliesslich nur ein sehr beschränktes Teilveto verfügt, das jedoch nicht die Abschaffung des „crum down-Verfahrens“ betrifft, durch das bei einer Gläubigereinberufung und Ablehnung des Vorschlags des Schuldners ein Dritter das Unternehmen zum Bilanzwert erwerben kann. Dieser Mechanismus, der bei der Reform von

1994 von der US-Gesetzgebung inspiriert wurde, stellt eine Lösung für Finanzschwache oder schlecht geleitete Unternehmen dar. Jetzt wird wieder das Interesse der Inhaber der Unternehmen dem des Unternehmens vorangestellt, was ein klarer Rückschritt ist. Das Veto bezieht sich vornehmlich auf den letzten Teil des Paragraphen 15, der bestimmte, dass die Banken eine Rückstellung von 100% für Kredite hinterlegen müssten, wenn nach der Frist von 90 Tagen, die für die Verhandlung mit dem Schuldner über eine Umschuldung im Gesetz gestellt wird, kein konkretes Ergebnis erzielt worden ist. So wie der Paragraph im Gesetz stand, bedeutet dies einen Druck

auf die Banken, damit sie gegenüber Schuldnern besonders nachgiebig sind. Dann wurden noch andere Paragraphen gestrichen, die jedoch kaum Bedeutung haben. In Kürze soll eine IWF-Mission in Buenos Aires eintreffen, um die offenen Fragen zu behandeln, auf die wir hingewiesen haben, aber besonders, um dem Wirtschaftsminister mit technischem Rat beizustehen, um die verfahrenere Lage wieder einzurenken. Der IWF hat gewiss den besten Willen, Argentinien zu helfen, den schliesslich wurde er geschaffen, um Länder in Krisensituationen zu unterstützen. Aber er kann eben nur dem helfen, der sich selber hilft.

net wird, da dies der sogenannte „Indifferenzpreis“ ist. Auf diese Weise wird die Abwertung nur zum Teil auf die internen Preise für Erdölprodukte abgewälzt.

Argentinien ist kein typisches Erdölland, sondern ein Land mit Erdöl. Das ist ein grosser Unterschied. Die Lager sind relativ klein, viele davon sehr tief gelegen, und die Erforschung und Förderung wird immer kostspieliger. Während in Saudi-Arabien ein Barrel Erdöl keine US\$ 4 kostet, liegt es in Argentinien bei durchschnittlich etwa US\$ 14, aber mit Fällen von etwa US\$ 20 und mehr. Stünde der Erdölpreis um die 30 Dollar, wie vor über einem Jahr, dann stellte die neue Exportsteuer kein Problem dar. Aber der Preis liegt jetzt weltweit unter US\$ 20, wobei für Argentinien noch hohe Transportkosten abgezogen werden müssen. Bei einem um 20% niedrigeren Preis besteht somit die Gefahr, dass bestimmte Vorkommen aufgegeben werden, wobei auf alle Fälle die Erforschungstätigkeit nachlassen wird.

Die Förderung der bestehenden Bohrungen nimmt ständig

sanft ab. Die starke Zunahme, die Estenssoro ab 1991 als Präsident von YPF erzielt hatte, beruhte vorwiegend auf einer intensiveren Ausbeutung der bestehenden Felder, sei es durch sogenannte „tertiäre Förderung“ (die darin besteht, Chemikalien in das Lager zu pumpen, die sich dort kombinieren und Gase bilden, die hohen Druck ausüben und Restbestände des Erdöls herausholen) oder durch neue Bohrungen. Diese Möglichkeit ist jetzt erschöpft. Die Geologen meinen, es gäbe bestimmt noch viel Erdöl in Argentinien, das aber eine teure Forschungsarbeit und eine ebenfalls teure Förderung erfordert.

Ebenfalls stellt sich ein Problem beim Export von Benzin, das im Überschuss erzeugt wird, weil Argentinien viel leichtes Erdöl hat, und dem Import von Dieseltreibstoff, bei dem Mangel besteht. Hiert handelt es sich im Wesen um ein Tauschgeschäft, auch wenn es sich formell um unabhängige Operationen handelt. Wenn hier die Exportsteuer auch gilt, dann wird der importierte Dieseltreibstoff verteuert, was sich auf den internen Preis auswirkt.

## Erdölexporte werden mit 20% besteuert

Die vor einigen Wochen schon angekündigte Steuer von 20% auf Erdölexporte wurde lange diskutiert, wobei als Alternative an einen Vorschuss der Erdölgesellschaften auf ihre zukünftige Gewinnsteuer und auch eine allgemeine Steuer auf die Rohölproduktion gedacht wurde. Schliesslich wurde letzte Woche doch

beschlossen, diese Steuer einzuführen, von der die Regierung bei Exporten im Wert von US\$ 3,5 Mrd. jährlich einen Jahreserlös von US\$ 750 Mio erwartet, der in Pesos etwa verdoppelt wird. Für die Erdölunternehmen ist der Verlust jedoch viel höher, da der interne Preis jetzt auf der Basis des Exportpreises minus 20% berech-